

Helmut Kohl:

Den Menschen in der DDR eine überzeugende Perspektive für ihre Zukunft geben

Bundeskanzler Helmut Kohl hält an einem Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Modrow fest. Auf der traditionellen Pressekonferenz zum Jahresbeginn am 10. Januar 1990 nahm der Kanzler zu Fragen der Innen- und Außenpolitik Stellung und ging ausführlich auf den aktuellen Stand der deutschlandpolitischen Diskussion ein. Er führte im einzelnen aus, daß die Menschen in der DDR rasche und grundlegende Veränderungen erwarten würden. „Sie wollen spür-“
(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Lafontaine zur Mäßigung aufgerufen

Präsidium und Bundesvorstand der CDU haben auf einer Sitzung in Saarbrücken am Montag, 15. 1. 1990, die Absicht bekräftigt, nicht nur die Ost-CDU, sondern auch andere oppositionelle Gruppen in der DDR zu unterstützen.

In einer Erklärung zur Landtagswahl an der Saar forderte der Bundesvorstand den saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine auf, damit aufzuhören, „Sozialneid gegen diejenigen zu schüren, die zu uns in die Freiheit flüchten“. Den genauen Wortlaut der Erklärung finden Sie im Innern der Ausgabe.

HEUTE AKTUELL

● Volker Rühle

Die Alternative heißt: SED oder Demokratie. Auszug aus einer Pressekonferenz des Generalsekretärs. Seite 5—7

● Ausländer

Deutliche Zunahme der Asylanten im Jahre 1989. Seite 11

● Familien

Ausführungen zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Seite 13—16

● Umwelt

Bundesforschungsminister will die Sanierung undichter Kanäle fördern. Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung neuer Werbemittel. Seite 23

● Dokumentation

Die wirtschaftliche Lage in der DDR. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

bare Verbesserungen in allen Lebensbereichen. Sie haben mit ihrer friedlichen Revolution das Tor zu Freiheit und Demokratie aufgestoßen und wollen, daß dieser Prozeß weitergeht.“

Wer nicht wolle, daß täglich über 1000 Menschen die DDR verlassen, der müsse jetzt konkret und zielstrebig dazu beitragen, den Menschen in der DDR eine überzeugende Perspektive für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft zu geben. Ein solcher Aderlaß erschwert eine Gesundung der Wirtschaft in der DDR Tag für Tag immer mehr.

„Es kann nicht das Ziel unserer Politik sein, daß möglichst viele Menschen aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Es ist vielmehr mein Ziel, daß sie dort, in ihrer Heimat, eine Perspektive für ihr künftiges Leben gewinnen.“

Der Prozeß der Demokratisierung mit dem Ziel freier Wahlen in der DDR müsse jetzt ohne durchsichtige Manöver und ohne Behinderungen fortgeführt werden. Dies erfordere, daß das neue Wahlrecht auch die Zustimmung der Opposition findet. „Diese Zustimmung ist unverzichtbar. Es kommt entscheidend darauf an, daß alle politischen Parteien gleiche Chancen bei ihrer Betätigung und für den Wahlkampf erhalten müssen. Gleiche Chancen — das heißt, beispielsweise eine uneingeschränkte Präsenz der Opposition im Fernsehen, im Rundfunk und in den Zeitungen der DDR.“

Ein wirtschaftlicher Neuanfang in der DDR kann nur Erfolg haben, wenn die jetzige Führung das Land rasch für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.“ Die von der DDR-Regierung vorgeschlagenen Investitions-

schutzregelungen und andere Maßnahmen der Wirtschaftsförderung hält der Bundeskanzler für unzureichend. Alles, „was bisher diskutiert wird, ist absolut ungenügend“.

Wie Helmut Kohl weiter sagte, wird „die Bundesregierung wie bisher weiter mit allen, die in der DDR Verantwortung tragen, sprechen, mit der Regierung und mit der Opposition. Denn nur so können wir auf die Fortsetzung des Reformprozesses in allen Bereichen und auf die Einhaltung demokratischer Regeln nachdrücklich hinwirken.“

Ich halte daher auch aus diesem Grunde an dem für Anfang Februar vorgesehenen Gespräch mit Ministerpräsident Modrow fest. Es wird Gelegenheit bieten, gerade auch die jetzt auftretenden Probleme deutlich anzusprechen.

Vertragsgemeinschaft: Keine Ratifizierung vor dem 6. Mai

Die Koalitionsrunde hat am Dienstag, 16. 1. 1990, unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl die aktuelle deutschlandpolitische Entwicklung erörtert.

Es bestand Übereinstimmung mit der Auffassung des Bundeskanzlers, daß unabhängig von jetzt notwendigen Formen der Zusammenarbeit mit der DDR vor den Wahlen am 6. Mai kein Vertrag abgeschlossen wird, der möglicherweise ratifizierungsbedürftig ist. Mit den sozialpolitischen Folgen aus den dramatischen Veränderungen in der DDR und den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten, über die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der Koalitionsrunde berichtete, wird sich eine eigene Arbeitsgruppe befassen.

CDU will mit DDR-Opposition auf Länderebene zusammenarbeiten

Die CDU wird die Zusammenarbeit mit ihr nahestehenden Parteien und oppositionellen Gruppierungen in der DDR auf Länderebene organisieren. Die Bundes-CDU soll dabei nur koordinierend eingreifen. Dies ist das Ergebnis eines Treffens, zu dem CDU-Generalsekretär Volker Rühle die Landesgeschäftsführer aus den Landesverbänden der Union nach Bonn eingeladen hatte.

Nach dieser Vereinbarung sollen sich die CDU-Landesverbände Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein um politische Gruppierungen in Mecklenburg kümmern. Niedersachsen wählt als Ansprechpartner Sachsen-Anhalt,

Nordrhein-Westfalen die Mark Brandenburg. Hessen und Rheinland-Pfalz sind für Thüringen zuständig, Baden-Württemberg für Sachsen. Der Berliner Landesverband ist Ansprechpartner für den Ostteil der Stadt.

Die Bundespartei wird Anfragen aus der DDR koordinieren und darüber hinaus Rat für Planung und Organisation von Wahlkämpfen geben. Auch verschickt die Bundesgeschäftsstelle auf Anfragen Informationsmaterial zu staatsbürgerlichen Themen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Wirtschaftsrat haben sich bereit erklärt, Schulungen und Seminare zu speziellen Themen zu organisieren.

Die Presse schreibt

Ein selbstbewußter Kohl

Die Analyse Kohls über die Lage in der DDR war in sich ebenso stimmig wie seine Regieanweisung für die Bonner Politik.

Kölner Stadt-Anzeiger, 11. 1. 1990

*

Der Kanzler hat einen Kurs gefunden, der von der anderen Seite akzeptiert ist und der offenbar auch bei den Menschen in der DDR ankommt.

Trierer Volksfreund, 11. 1. 1990

*

Zum Auftakt des Wahljahres 1990 strotzt Kohl nur so vor Selbstbewußtsein. Seine Zuversicht, die Bundes-

tagswahl siegreich gestalten zu können, erscheint berechtigt.

Bonner Rundschau, 11. 1. 1990

*

Der selbstbewußte Kohl kann mit Gelassenheit der Nominierung Lafontaines entgegensehen.

Rheinische Post, 11. 1. 1990

*

Das muß man Kohl lassen: Wie er die Bedenken der FDP gegen einen Besuch Modrows wegfegt, hat Format.

Express, 11. 1. 1990

*

Daß Kohl das politische Risiko scheut, ist eine Einschätzung, die längst ins Reich der Legenden gehört. Sein gestriger Auftritt hat es eindrücklich bestätigt.

Rheinpfalz, 11. 1. 1990

SPD grenzt Vertriebene aus

Zur Weigerung des Frankfurter Oberbürgermeisters Hauff, eine Wanderausstellung des Bundes der Vertriebenen auch in Frankfurt stattfinden zu lassen, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers: Volker Hauff hat die viel gerühmte Frankfurter Liberalität neu definiert: In Frankfurt darf jeder sich artikulieren und darstellen — es sei denn, die rot-grüne Obrigkeit hat etwas dagegen. Das Verbot der Ausstellung „40 Jahre Arbeit für Deutschland — die Vertriebenen und Flüchtlinge“ ist der unverhüllte Versuch, eine Gruppe auszugrenzen, die sich stets um internationale Verständigung bemüht hat.

Der SPD liegt offenkundig mehr an billiger Effekthascherei als an freier Meinungsäußerung und geschichtlicher Wahrheit. Tatsache ist: Schon 1950

haben sich die Vertriebenen in der Stuttgarter Charta zu Gewaltlosigkeit und friedlichem Ausgleich bekannt. Das gewaltsame Unrecht an den Flüchtlingen ist zu keinem Zeitpunkt bei ihnen zu einem Nährboden für Unruhe, Haß und Rachegefühle geworden. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist vor allem eine Leistung der Vertriebenen selbst, die am Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Eingliederung in die internationale Gemeinschaft engagiert mitgewirkt haben. Auch bei der Soforthilfe für die Völker Ost- und Mitteleuropas, bei der Unterstützung für Umgestaltung und Demokratisierung, stehen die Vertriebenen an vorderster Stelle. Wer ihre Haltung als „revanchistisch“ diffamiert, betätigt sich als Stichwortgeber übriggebliebener Stalinisten. Diese Zensur- und Ausgrenzungsversuche der SPD sind ein Störfaktor für das Zusammenwachsen Europas.

Wahlhilfe für demokratische Parteien in der DDR

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues, der zu politischen Gesprächen in die DDR gereist war, erklärte zu den Wünschen von Parteien und Gruppen aus der DDR nach Wahlhilfe:

Dem Wunsch nach Wahlhilfe sollten wir uns nicht entziehen, wenn er von demokratischen Parteien aus der DDR an uns herangetragen wird.

Die Menschen in der DDR wollen am 6. Mai wirklich freie und geheime Wahlen.

Sie wollen, daß sich die DDR grundlegend verändert.

Die SED will dies verhindern. Deshalb versucht sie die Uhren zurückzudrehen. Die Vorstellungen der SED über ein neues Wahlgesetz machen deutlich, daß von fairen Wahlkampfchancen für die neuen demokratischen Parteien keine Rede sein kann.

In dieser Situation dürfen wir die demokratischen Gruppen und Parteien nicht im Stich lassen. Uneigennützig Hilfe ist eine Selbstverständlichkeit.

Volker Rühle:

Die Alternative heißt SED oder Demokratie

Die Ausgangsposition der Union für die bevorstehenden Wahlen ist denkbar gut, stellte Generalsekretär Volker Rühle auf einer Pressekonferenz nach der Präsidiumssitzung der CDU am 10. Januar in Bonn fest. Rühle erklärte weiter: Das Wahljahr legt allen Parteien in der Bundesrepublik eine besondere Verantwortung auf angesichts der Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutschlands — vor allen Dingen des Wandels in Europa und ganz besonders natürlich dank der Veränderungen in der DDR.

Es geht vor allem darum, daß wir unseren Landsleuten in der DDR Hoffnung und Gewißheit geben müssen, daß ihr erkämpfter Reformprozeß weitergeht. Der eigentliche Kampf um die Durchsetzung der Demokratie in der DDR hat erst begonnen, und es ist wichtig, daß nicht noch weitere Zehntausende von Landsleuten die DDR aus Verzweiflung oder Resignation verlassen.

Bundeskanzler Kohl ist Hoffnungsträger für die DDR-Bürger

Unsere Politik zielt jedenfalls darauf ab, den Demokratisierungsprozeß in der DDR zu stabilisieren. Wir fahren dabei keinen Zickzackkurs, sondern die CDU steht voll hinter der Politik des Parteivor-sitzenden und Bundeskanzlers, dessen 10-Punkte-Plan den Weg zur deutschen Einheit vorgezeichnet hat. Die günstigen innenpolitischen Daten und die positive

Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik sind im übrigen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß wir die Möglichkeit haben, um unseren Landsleuten in der DDR helfen zu können. Deswegen ist es auch ganz entscheidend, im Zusammenhang mit der deutschlandpolitischen Diskussion auf die Wirtschaftslage hinzuweisen, auf die vier Prozent Wachstum. Wer eine falsche Wirtschaftspolitik machen würde wie die Opposition, der würde die Hilfsfähigkeit der Deutschen in der Bundesrepublik für die Landsleute in der DDR stark beeinträchtigen.

Im Präsidium ist gesagt worden, daß der Bundeskanzler durch seinen 10-Punkte-Plan, durch seine Reden in Dresden und in Berlin, durch die Verhandlungen, die er mit der DDR führte, eine Integrationsfigur für alle Deutschen in den beiden Teilen unseres Landes geworden ist und insbesondere auch ein Hoffnungsträger in der DDR. Wichtig ist es, diese Gespräche weiterzuführen, damit die Menschen nicht die Hoffnung verlieren und es zu einer größeren Flüchtlingswelle kommt. Einhellige Bewertung des Präsidiums war, daß der CDU vor diesem Hintergrund in den nächsten Monaten eine besondere Verantwortung zukommt.

Der erfolgreichste Kampf, um eine Übersiedlerwelle zu verhindern, ist der Kampf um die Abschaffung des Sozialismus in der DDR. Das ist die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, daß die Menschen in der DDR bleiben. Und insofern fördern Sozialdemokraten die Flüchtlingswelle, wenn sie den Eindruck erwecken als ob es darum ginge, ein neues

Experiment mit dem Sozialismus in der DDR zu erwägen, nämlich Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu fördern.

Wir halten an offenen Grenzen fest. Die Menschen können nicht wieder eingesperrt werden, sie können aber auch nicht sozial ausgesperrt werden, wie Lafontaine das will. Wenn man offene Grenzen will, wenn man die deutsche Einheit will, dann muß der Sozialismus in der DDR beseitigt werden.

SPD orientierungslos und zerstritten

Die Sozialdemokraten sind am Anfang dieses Jahres aus unserer Sicht in besonderer Weise orientierungslos und zerstritten und der historischen Verantwortung nicht gewachsen.

In der Deutschlandpolitik vertreten sie ständig wechselnde Positionen. Das wurde jetzt auf den Gipfel gebracht, durch Horst Ehmke, der jahrelang SED-Politikern „auf dem Schoß gesessen hat“ und einer der besten Kenner der SED-Größen ist, die heute vor Gericht stehen oder schon im Gefängnis sitzen. Ausgerechnet Horst Ehmke empfiehlt nun der Bundesregierung, nicht mehr länger Gespräche mit der Regierung der DDR zu führen. Vogel und Bahr haben schnell erkannt, wie verhängnisvoll ein solcher Rat ist und haben versucht, zu korrigieren. Aber es bleibt der Eindruck: die Sozialdemokraten sind den historischen Herausforderungen nicht gewachsen.

Gleiche Chancen für alle Parteien

Im Präsidium der CDU am 10. Januar wurde auch die Frage der Hilfe und der Kontakte zu Oppositionsparteien in der DDR intensiv und ausführlich diskutiert. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß der Reformprozeß in der DDR abhängig

Zitat

„Wo Kohl die Menschen zusammenführt, tritt Lafontaine wie ein Spaltpilz auf.“

Volker Rühe

ist von der freiheitlichen Entwicklung und Chancengleichheit für alle Parteien. Das Wahlgesetz ist dafür die Meßlatte und der Prüfstein.

Die Beziehungen zwischen uns und der Regierung Modrow werden ganz entscheidend davon abhängen, wieweit Herr Modrow auch in der Praxis deutlich macht, daß er im Wahlgesetz bereit ist, auf die freiheitlichen Vorstellungen der Opposition einzugehen.

Der Bundeskanzler hat in seinem 10-Punkte-Programm im übrigen festgelegt, daß der Reformprozeß in der DDR unumkehrbar sein muß. Freie Wahlen unter einem freiheitlichen Wahlgesetz sind unsere entscheidenden Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit mit der DDR.

Die Wirtschaftsreformen von Herrn Modrow bleiben weit hinter dem zurück, was die Polen und Ungarn in Angriff genommen haben. Insofern ist das noch kein ausreichendes Signal, das den Menschen Mut für eine bessere wirtschaftliche Zukunft macht, auch kein ausreichendes Signal für eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Zwischen der CDU Deutschlands und den freiheitlich-demokratischen Kräften in der DDR gibt es viele intensive Kontakte und Gespräche, auf den Landesebenen, den Kreisebenen, aber auch auf den Ebenen der Ortsverbände und natürlich auch auf der Bundesebene, wie der Bundesausschuß in Berlin gezeigt hat. Diese

werden intensiviert fortgesetzt. Wir wollen allerdings nicht, wie die Sozialdemokraten, einseitig auf eine Partei in der DDR setzen.

Es geht in der DDR um die Ablösung einer Diktatur. **Die Alternative heißt SED oder Demokratie.** In einer solchen Situation ist ganz entscheidend, daß die nicht-kommunistischen, die nichtdiktatorischen Kräfte zusammenarbeiten, ein Bündnis schließen. Für mich ist die entscheidende Frage, ob die Wahlen erfolgreich verlaufen, die Ablösung der SED und die Etablierung einer demokratischen Regierung und nicht, wieviel Prozent die eine oder andere Partei hat. Deswegen finde ich, daß die politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag leisten sollen, daß es zu Wahlbündnissen der nicht-kommunistischen Gruppierungen kommt, damit in der Alternative SED oder Demokratie die Demokratie in der DDR sich erfolgreich durchsetzt.

Wir wollen jedenfalls unser Potential an Hilfsmöglichkeiten mehreren freiheitlichen und demokratischen Kräften in der DDR zur Verfügung stellen, also kein Monopol der Beziehungen zu einer Partei, sondern Kontakte zu Parteien. Das hat sich entwickelt, wenn ich mir die Kontakte ansehe, auf der Ebene der Landesverbände zu der Ost-CDU, zum Demokratischen Aufbruch, zur CSPD, aber auch zu anderen Kräften. Und an diesem Weg der Zusammenarbeit mit Parteien wollen wir auch festhalten.

Wir rufen alle freiheitlichen Oppositionsparteien in der DDR auf, stärker den Weg zueinander zu suchen, damit die Rechnung der SED, den Reformprozeß zu verlangsamen oder zu stoppen, nicht aufgeht. Das Ziel ist, dem Willen der Menschen in der DDR Rechnung zu tragen, daß es zu einer wirklichen Alternative zu der gescheiterten SED, zu dem

gescheiterten Sozialismus kommt. Die Menschen wollen so etwas, das zeigen auch immer wieder die Demonstrationen. Es gibt eine klare Mehrheit für Soziale Marktwirtschaft, für einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat, für die staatliche Einheit. Es müssen sich jetzt auch Parteiengruppierungen herausbilden in der Opposition, die die Menschen dann auch wählen könnten, um die Ziele, die sie sich vorstellen, durchsetzen zu können bei den Wahlen in der DDR. ■

EUCD bekräftigt Recht auf Wiedervereinigung

Der politische Vorstand der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) hat in einer Erklärung das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung als Folge der freien Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts ausdrücklich bekräftigt. Außerdem hat sich die EUCD für eine verstärkte und koordinierte Hilfe für die jungen christlich-demokratischen und konservativen Parteien in den Ländern Osteuropas ausgesprochen. Die EUCD will zu diesem Zweck in Berlin eine koordinierende Arbeitsgruppe einsetzen.

Der EUCD-Vorstand hatte sich zum ersten Mal unter der Leitung seines Präsidenten, des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Emilio Colombo, und dessen Stellvertreters, Kai-Uwe von Hassel, getroffen. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diepgen, berichtete der EUCD über die aktuelle Entwicklung in Deutschland und forderte, so rasch wie möglich zu einer wirtschaftlichen Angleichung der Verhältnisse in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Diepgen kritisierte das Verhalten der SED gegenüber den Oppositionsgruppen und forderte die EUCD-Mitgliedsparteien zur Unterstützung der Opposition in der DDR auf. ■

Erklärung des Bundesvorstandes zur Landtagswahl im Saarland

Der CDU-Bundesvorstand gab auf seiner Tagung in Saarbrücken (15. 1. 1990) zur Landtagswahl im Saarland folgende Erklärung ab:

I.

Der CDU-Bundesvorstand ruft die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes auf, die Landtagswahl am 28. Januar für einen neuen Aufbruch im Saarland zu nutzen und mit ihrer Stimme für Klaus Töpfer und die CDU die politischen Weichen in Richtung Zukunft zu stellen.

Die Saarländerinnen und Saarländer können selbstbewußt in die Zukunft blicken. Die CDU hat unter der Regierungsverantwortung von Helmut Kohl die Bundesrepublik Deutschland attraktiv gemacht. Sie hat ein gemeinsames Europa der Kultur, der sozialen Verantwortung, der Umweltvorsorge, der wirtschaftlichen Entwicklung aus der Utopie zur Realität geführt.

Mit Oskar Lafontaine und der SPD werden die Zukunftschancen des Saarlandes in den 90er Jahren verspielt. Wer wie Oskar Lafontaine trotz absoluter Mehrheit seine wichtigsten Wahlversprechen gebrochen hat, verdient auch kein Vertrauen für die Zukunft.

Oskar Lafontaine kann den Bürgerinnen und Bürgern des Saarlandes keine klaren Perspektiven für die Zukunft geben, weil er nichts anderes will als seine bisherige Politik, die gescheitert ist, fortsetzen.

1. Der CDU-Bundesvorstand fordert Oskar Lafontaine auf, vor der Landtagswahl klar zu erklären, mit wem er nach der Landtagswahl koalieren will, wenn er die absolute Mehrheit nicht erreicht.

2. Der CDU-Bundesvorstand fordert Oskar Lafontaine auf, sich eindeutig zu Freiheit und Einheit der Deutschen zu erklären und damit aufzuhören, Sozialneid gegen diejenigen unserer Landsleute zu schüren, die zu uns in die Freiheit flüchten. Die Sozialneidkampagne von Oskar Lafontaine ist unehrlich, denn dem Eingliederungsanpassungsgesetz, das zum 1. 1. 1990 in Kraft getreten ist und das ein einheitliches Eingliederungsgeld für Aus- und Übersiedler vorsieht, hat die SPD im Dezember im Deutschen Bundestag zugestimmt. Im übrigen hat die SPD in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages ein höheres Eingliederungsgeld verlangt, als es heute gezahlt wird. Jetzt kritisiert Lafontaine, daß die Leistungen zu hoch seien.

Durch die Reform des Fremdrentengesetzes wurden die Besserstellungen für Aus- und Übersiedler beseitigt, die sich nach dem alten Recht ergeben konnten. Weitergehende Korrekturen am Fremdrentenrecht hat die SPD im Spätherbst im Deutschen Bundestag verhindert. Lafontaine hat dies am 1. Dezember im Bundesrat mit seiner Stimme für die Rentenreform sanktioniert. Im übrigen begünstigt dieses Fremdrentengesetz seit gut 30 Jahren auch die Saarländer, die erst 1957 in das Sozialsystem der Bundesrepublik eingegliedert wurden. Lafontaine muß erklären, ob er mit der Abschaffung des Fremdrentengesetzes auch diese Rentenansprüche der Saarländer abschaffen will.

Lafontaine schürt mit seiner Sozialdemagogie Abneigung gegen dieselben Menschen, die von den SED-Machthabern unterdrückt und aus ihrer Heimat getrie-

ben worden sind. Seine Zustimmung zur deutschlandpolitischen Erklärung der SPD in Berlin bleibt unglaubwürdig, solange Lafontaine sich nicht eindeutig zur Solidarität mit unseren Landsleuten bekennt.

Oskar Lafontaine hat jahrelang vertraulichen Umgang und exklusive Kontakte mit den SED-Machthabern gepflegt, wie sie nur wenige in der SPD hatten. Statt auf die Seite der Freiheit stellte er sich mit seinen Forderungen nach einer Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft an die Seite der Unterdrücker. Mit seiner Sozialneidkampagne schadet Oskar Lafontaine dem Streben der Deutschen nach Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit. Das Saarland war und ist Modell für eine Einheit in Freiheit. Vor über 30 Jahren haben sich Saarländerinnen und Saarländer in freier Selbstbestimmung für Deutschland entschieden. Heute tragen wir im Saarland eine besondere Verantwortung dafür, daß das Ziel einer Einheit in Frieden und Freiheit lebendig bleibt.

Es ist Verrat an der Saarländischen Geschichte, daß die Verantwortlichen in der Saar-SPD der Preisgabe des Anspruchs auf die deutsche Einheit bis in die jüngste Zeit hinein das Wort geredet haben.

II.

Die Zeit für einen politischen Wechsel und für einen neuen Aufbruch im Saarland ist reif. Als Mitglied der Bundesregierung hat Klaus Töpfer eine Politik mitgestaltet, die eindeutig für Freiheit und Einheit der Deutschen eintritt, die Frieden und Freiheit und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt gestärkt hat. Die Bundesregierung hat das Tor zum Europäischen Binnenmarkt und damit zu einer guten Zukunft aufgestoßen, die der Bundesrepublik Deutschland

sieben Jahre Wirtschaftsaufschwung, solide Staatsfinanzen, neue Arbeitsplätze, mehr Umweltschutz und eine Stärkung der Familien gebracht hat.

Für diese Politik stehen Klaus Töpfer und die CDU. Sie muß jetzt auch im Saarland durchgesetzt werden.

1. Das Saarland braucht wieder eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik. Obwohl die Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren das Saarland mit über 10 Milliarden Mark unterstützt hat, ist das Saarland in der Wirtschafts- und Finanzentwicklung zurückgefallen. Die Unterstützung versickert in einem Land, in dem Wachstumsimpulse durch die Politik der SPD-Landesregierung blockiert werden. Die SPD-Landesregierung hat es versäumt, den bundesweiten Aufschwung durch eine engagierte regionale Wirtschaftspolitik aufzugreifen und entscheidend zu unterstützen. Die Wachstumschancen sind für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kaum genutzt worden. Diese Landesregierung hat keine nennenswerten Ansiedlungserfolge erreicht. In den Jahren von 1985 bis 1989 sind Tausende vornehmlich junger Menschen aus dem Saarland abgewandert. Die unsolide Finanzpolitik der SPD hat die Verschuldung des Landes auf 11 Milliarden getrieben. Diese SPD-Schulden sind zu einer gefährlichen Hypothek für die Zukunft des Landes geworden.

Mehr als jeder 5. Arbeitsplatz im Saarland produziert direkt oder indirekt für das Auto. Eine drastische Benzinpreiserhöhung, wie sie die SPD fordert, würde die Automobilkonjunktur und damit die Stabilität vieler Betriebe im Saarland zerstören, ohne daß eine Alternative für wegfallende Produktionskapazitäten geboten würde. Wir wollen Kenntnisse und Erfahrungen aus einer modernen Automobilindustrie frühzeitig für die

Weiterentwicklung des „Autoland Saar“, für umweltfreundliche Mobilität der Menschen sowie für neue Produkte, für Kommunikation und Information nutzen.

2. Klaus Töpfer und die CDU werden die Chancen des Europäischen Binnenmarktes im Interesse des Saarlandes konsequent nutzen. Dazu gehört es, das Saarland als Drehscheibe des Binnenmarktes Europa auszubauen und die Standortvorteile des Saarlandes zu nutzen. Das Saarland muß in grenzüberschreitende europäische Verkehrsstrukturen eingebunden werden.

Wir brauchen eine neue energiepolitische Perspektive. Eine isoliert nationale Energiepolitik hat in einem gemeinsamen Markt keine Zukunft. Die Lösung der Zukunftsprobleme der heimischen Steinkohle ist nur möglich im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik, die den Ausgleich der nationalen Interessen zum Ziel und die energiepolitische Kompromißbereitschaft zur Voraussetzung hat.

3. Die CDU wird auch im Saarland eine konsequente Politik für Familien, für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine kinderfreundliche Gesellschaft durchsetzen. Die saarländischen Familien stehen heute schlechter da als in den meisten anderen Bundesländern, weil unter der SPD-Regierung im Saarland nahezu alle Leistungen für die Familien, die früher von der CDU eingeführt wurden, z.B. Familiengründungs- und Geburtendarlehen, abgeschafft, keine Landesstiftung „Mutter und Kind“ und kein landeseigenes Erziehungsgeld eingeführt und die Kindergartenzuschüsse gekürzt wurden.

4. Die CDU wird eine Neuorientierung in der Schulpolitik durchsetzen, die Kindern möglichst gute Chancen für eine solide Schul- und Berufsausbildung in einem gegliederten und zugleich durchlässigen Schulsystem ermöglicht. Die SPD-Schulpolitik, der flächendeckenden Durchsetzung von Gesamtschulen und die Zerschlagung der wohnortnahen Haupt- und Realschulen und der Gymnasien, die zu Lasten der Zukunft der Kinder geht, muß beendet werden.

5. In keinem Bereich ist die Kluft zwischen Ankündigungen und nicht gehaltenen Versprechen größer als in der Umweltpolitik der SPD. Ergebnis dieser Politik ist es, daß dem Saarland heute nicht nur der Abfallnotstand, sondern auch der Abwassernotstand droht. Von Umweltschützern wird der Umweltminister des Saarlandes, Josef Leinen, als „Umweltrisiko“ bezeichnet. Die CDU wird dem Umweltnotstand an der Saar ein Ende setzen und im Saarland eine erfolgreiche Umweltpolitik durchsetzen.

Das Saarland braucht in Zukunft Taten statt Worte in der Umweltpolitik. Dafür steht Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Er hat in der Bundesregierung bewiesen, daß er mehr Umweltschutz national und international durchsetzt. Es ist mit sein Erfolg, daß die Bundesrepublik Deutschland heute Vorreiter im Umweltschutz in ganz Europa ist.

Klaus Töpfer hat als erfolgreicher Bundesminister bewiesen, daß er schwierige Probleme meistern kann. Er ist ein Mann der Tat, der Prinzipientreue und pragmatisches Handeln verbindet. Klaus Töpfer steht zu seinem Wort. Er ist ein Ministerpräsident für das Saarland, zu dem die Saarländer Vertrauen haben können und der dem Saarland einen neuen Aufbruch in die 90er Jahre bringen kann.

Deutliche Zunahme der Asylbewerber im Jahr 1989

Im Jahr 1989 haben 121.318 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt. Das ist gegenüber 1988 als 103.076 Asylbewerber gezählt wurden, eine erhebliche Zunahme und zugleich der bisher höchste Zugang innerhalb eines Jahres.

Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren wie im Vorjahr (die Vorjahreszahlen in Klammern):

Polen	26.092	(29.023) Personen
Türkei	20.020	(14.873) Personen
Jugoslawien	19.423	(20.812) Personen
Sri Lanka	7.758	(3.383) Personen
Libanon	6.240	(4.233) Personen
Iran	5.768	(7.867) Personen

Fast die Hälfte der Asylbewerber (44,0 v. H.) kamen 1989 aus den osteuropäischen Staaten sowie aus Jugoslawien (1988: 54,8 v. H.).

1989 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über die Anträge von 120.610 Personen entschieden. Anerkannt wurden 5.991 Personen. Die Anerkennungsquote ist mit 5,0 Prozent im Jahre 1989 weiter gesunken (1988: 8,6 v. H.). Für die Hauptherkunftsländer beträgt die Quote: Polen 1,1 Prozent, Türkei 4,3 Prozent, Jugoslawien 0,4 Prozent.

Die weitere Zunahme des Asylbewerberzugangs gegenüber dem Vorjahr kommt nicht unerwartet. Sie ist eine Folge des allgemein wachsenden Reiseverkehrs, der insbesondere in Anbetracht des wirtschaftlichen Gefälles zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern Anreiz gibt, sich durch Stellung eines Asylantrags einen längeren

Aufenthalt im Bundesgebiet zu verschaffen. Sie hat aber auch ihre Ursache in den weltweit zu verzeichnenden Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen, die — erleichtert durch moderne Massentransportmittel — bis nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland reichen.

Dies macht erforderlich, Flüchtlingspolitik nicht nur als innere Angelegenheit eines Staates, sondern als weltweite Aufgabe zu betrachten und Lösungsansätze nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge zu suchen.

**Bundesinnenminister
Schäuble zog in Bonn Bilanz
über die Zahl der Asylbewerber
im vergangenen Jahr: Sie
erreichte einen neuen
Rekord.**

In dem hohen Anteil von Asylbewerbern, die nicht als Asylberechtigte anerkannt werden können, liegt das eigentliche Problem. So verständlich die Gründe dieser Menschen im einzelnen auch sein mögen, die Asylgewährung ist auf die politisch Verfolgten beschränkt. Das Asylrecht darf nicht zum Instrument der unkontrollierten und unsteuerbaren Einreise und Einwanderung umfunktioniert werden. Sie würde die Aufnahmebereitschaft unserer Bürger überfordern, es gibt Grenzen der Integrationsfähigkeit jeder Gesellschaft. Sie würde auch den Umstand ignorieren, daß bei uns, im dichtest besiedelten der größeren Flächenstaaten Europas, bereits über 4,5

Millionen Ausländer leben. Sie würde schließlich der Tatsache nicht gerecht, daß wir Verantwortung für Deutsche tragen, die zu uns kommen, weil sie hier in Freiheit leben wollen.

Es ist gegenwärtig eine unserer vordringlichsten Aufgaben, uns um diese Deutschen zu kümmern und die Voraussetzungen für ihre rasche Eingliederung zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Sie soll es bleiben. Diesem Ziel dient die Begrenzung des weiteren Zuzugs ebenso wie die Integration der hier lebenden Ausländer, wie es der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechts vorsieht. Wir brauchen eine berechenbare Ordnung für ein gutes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Einer vernünftigen Ausländerpolitik dient auch ein sachgerechtes Asylverfahren. Dessen Anliegen muß es sein, daß derjenige, der tatsächlich politisch verfolgt ist, möglichst rasch anerkannt wird, daß aber auch umgekehrt der Antrag desjenigen, der nicht verfolgt ist, ebenso rasch abgelehnt wird. Dabei liegt es auch im Interesse der Betroffenen, daß sie bald Klarheit erhalten, ob sie bleiben dürfen oder nicht.

Hierzu wurden im vergangenen Jahr wichtige Entscheidungen getroffen und durch Maßnahmen umgesetzt. Durch erhebliche personelle Verstärkung des Bundesamtes (von 310 Stellen in 1985 auf 850 Stellen in 1989) konnte erreicht werden, daß beim Bundesamt die Zahl der Entscheidungen (für 120.610 Personen) die der Zugänge (121.318 Personen) nahezu erreicht hat.

Zur weiteren Verfahrensbeschleunigung hat die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern im Juni vergangenen Jahres eine enge Zusammenarbeit zwi-

schen zentralen Ausländerbehörden und Außenstellen des Bundesamtes beschlossen. Diese Maßnahmen, die ab Oktober letzten Jahres angelaufen sind, schlagen sich in der Jahresstatistik noch nicht nieder. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Beschleunigungsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte 1990 greifen, und insbesondere offensichtlich unbegründete Asylbegehren wesentlich schneller als bisher zum Abschluß kommen. Dabei sind Ausreiseverpflichtungen von den Ländern zügig und konsequent durchzusetzen.

Insgesamt ist zu erwarten, daß die Beschleunigung des Asylverfahrens verbunden mit einer konsequenten Aufenthaltsbeendigung im Ablehnungsfall sich auch auf den Asylbewerberzugang auswirken wird.

FDGB nicht reformwillig

Zur aktuellen Entwicklung der DDR-Gewerkschaften erklärt Ulf Fink, Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse: „Der amtierende Vorsitzende des DDR-Gewerkschaftsbundes (FDGB), Werner Peplowski, hat in der aktuellen Ausgabe der FDGB-Zeitung Tribüne die Bildung von Betriebsräten als ‚direkte Konfrontation‘ bezeichnet. Die Ablehnung einer Betriebsverfassung durch den FDGB zeigt, daß die dogmatischen Betonköpfe nach wie vor das Sagen haben.“

„Die überbetriebliche Vertretung der Werk tätigen und innerbetriebliche Mitbestimmungsrechte einer Belegschaft in Fragen von Kündigung, Arbeitsplatz und Einstellungen sind zwei unterschiedliche Ebenen gewerkschaftlicher Arbeit. Wer Betriebsräte als Grundlage gewerkschaftlicher Willensbildung ablehnt, befindet sich im Elfenbeinturm dogmatischen Funktionärsdenkens.“

Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Erziehungskraft der Familie gestärkt

Das Bundeskabinett hat am 27. September 1989 das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz verabschiedet. Nach vier gescheiterten Anläufen früherer Regierungen wird in dieser Legislaturperiode eingelöst, was Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 18. März 1987 angekündigt hat: „Wir wollen die Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes in Angriff nehmen, um neuen Entwicklungen in der Jugendhilfe zu entsprechen.“

Welche Entwicklungen machen die Reform notwendig?

Das bestehende Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) geht in seinem Kern auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. Juli 1922 zurück. Bund, Länder und Gemeinden sowie die Fachverbände sind sich seit vielen Jahren einig, daß das JWG den heutigen fachlichen und rechtlichen Anforderungen nicht mehr genügt. Die gesellschaftliche Entwicklung hat neue Probleme für Kinder und Jugendliche entstehen lassen, für die die klassischen Maßnahmen des veralteten Gesetzes nicht mehr ausreichen.

Insbesondere hat sich die Situation der Familie geändert. Sie ist gekennzeichnet durch Faktoren wie

- eine steigende Zahl von Ein-Kind-Familien,
- eine steigende Zahl von Kindern, die bei einem Elternteil aufwachsen,
- hohe Trennungs- und Scheidungsraten und

- einen Wandel der Rollen der Familienmitglieder (insbesondere von Frauen), der sich unter anderem an dem Wunsch festmacht, Erwerbstätigkeit und Familie besser miteinander vereinbaren zu können.

Nicht nur die Situation der Familie, sondern auch die Praxis der Jugendhilfe hat sich geändert: Sie bezieht neben dem Kind und Jugendlichen immer stärker die Familie und das soziale Umfeld in ihre pädagogische Arbeit ein. Die Hilfsansätze haben sich von Eingriffen in die Familien, die mit einer Trennung des Kindes von seinen Eltern verbunden sind, zunehmend zu einer offenen und vorbeugenden Arbeit hin verlagert. Damit soll der gesamten Familie geholfen werden, ihre Erziehungskraft zu stärken.

Im Laufe der Zeit haben sich Jugendhilfepraxis und rechtliche Grundlagen in bestimmten Bereichen so weit voneinander entfernt, daß der Gesetzgeber aus mehreren Gründen handeln muß:

- Ein wesentlicher Teil der heute von der öffentlichen Jugendhilfe zu bewältigenden Aufgaben ist im Gesetz nicht oder nur unzureichend abgesichert; dies gilt insbesondere für den wichtigen Bereich der allgemeinen Förderung der Jugend und der Familie sowie der familienunterstützenden, ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung. Gerade diese Hilfen sind in besonderer Weise geeignet, das Erziehungspotential der Familie zu stärken und heranwachsenden jungen Menschen zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Durch ihren rechtzeitigen Einsatz können in den meisten Fällen sozial und finanziell

stärker belastende Maßnahmen vermieden werden. Mit der ausdrücklichen Regelung dieser Hilfen im Gesetz soll daher nicht nur ihre Bedeutung im heutigen Hilfespektrum dokumentiert werden. Gleichzeitig wird auch dem **Grundsatz des Vorrangs von Hilfen vor staatlichen Eingriffen** Geltung verschafft.

- Im Gegensatz dazu wird von den Erziehungshilfen, die der Gesetzgeber in den Mittelpunkt des Jugendwohlfahrtsgesetzes gestellt hat, nämlich der Fürsorgeerziehung und der Freiwilli-

Mit ihrer jugendpolitischen Initiative löst die Bundesregierung ihre Ankündigung aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers ein und ersetzt das alte Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 durch eine neue zeitgemäße Rechtsgrundlage für die Jugendhilfe.

gen Erziehungshilfe, kaum noch Gebrauch gemacht.

- Öffentliche Jugendhilfe als Teil der staatlichen Leistungsverwaltung bedarf für ihr Handeln einer sicheren, für den Bürger und die Verwaltung verständlichen Rechtsgrundlage; deshalb muß der Gesetzgeber Entwicklungsprozesse der Praxis, die zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, auch normativ umsetzen.
- Dem Bund steht im Bereich der Jugendhilfe die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zu. Die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 Nr. 3 GG) erfordert eine bundesrecht-

liche Regelung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe. Die Länder haben im Interesse der Rechtseinheit eine Gesetzesinitiative des Bundes ausdrücklich begrüßt, um dem allseits anerkannten Regelungsbedarf Rechnung zu tragen.

Die Ziele der Reform

Zur Sicherung des Rechts auf Erziehung und zum Schutz der Familie ist eine grundlegende Neuordnung notwendig. Ziel der Neuordnung ist es daher, den in der Praxis zu beobachtenden Funktionswandel öffentlicher Jugendhilfe auf eine zureichende rechtliche Grundlage zu stellen und Perspektiven für die rechtliche und fachliche Weiterentwicklung der Jugendhilfe aufzuzeigen.

Entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben weist der Gesetzentwurf der Jugendhilfe eine die Erziehung der Eltern unterstützende Funktion aus. Die vorrangige Erziehungsverantwortung der Eltern ist im Grundgesetz verbürgt. Dem Staat kommt nach der Verfassung außerhalb der Schule keine mit dem Elternrecht konkurrierende Erziehungskompetenz zu. Dies entbindet ihn allerdings nicht von der ebenfalls verfassungsrechtlich verantworteten Schutz- und Förderungspflicht gegenüber der Familie. Da Jugendhilfe in erster Linie die Förderung der Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen im Auge hat, müssen ihre Leistungen allen auf persönlichen Beziehungen gegründeten Gemeinschaften zugänglich sein, in denen Erwachsene und junge Menschen auf Dauer angelegt miteinander leben. Das Wohl des Kindes und sein Schutz sind unteilbar und können nicht bestimmten Familienformen vorbehalten bleiben.

Wenn der Gesetzentwurf ein ganzes Bündel von Förderungsleistungen für junge

Menschen und ihre Familie vorsieht, dann berücksichtigt er damit, daß Familien zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts gestiegener Anforderungen und gesellschaftlicher Veränderungen vielfältige Formen der Entlastung, Unterstützung und Ermutigung bedürfen. Ziel dieser Leistungsangebote ist aber nicht die Einmischung des Staates in familiäre Aufgaben im Sinne einer Vergesellschaftung, sondern partnerschaftliche Hilfe.

Die Schwerpunkte der Reform

Der Gesetzentwurf setzt folgende Schwerpunkte:

- Verstärkung der allgemeinen Angebote zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- Verbesserung der allgemeinen Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie
- Verbesserung der Hilfen für Familien in besonderen Lebenssituationen (insbesondere für alleinerziehende Eltern-teile)
- Verbesserung der Angebote der Tagesbetreuung von Kindern
- gesetzliche Verankerung ambulanter und teilstationärer erzieherischer Hilfen neben den klassischen Formen der Pflegefamilie und der Heimerziehung
- Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Regelungen im Pflegekinderwesen
- Verbesserung der Hilfen für junge Volljährige
- Zusammenfassung aller Erziehungshilfen auf der Ebene des örtlichen Jugendamts
- verstärkte Zuordnung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher zur Jugendhilfe
- Stärkung des Funktionsschutzes freier Träger

- Harmonisierung und Vereinfachung der Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten von Jugendhilfeleistungen
- Neuordnung der Heimaufsicht
- Harmonisierung der Erziehungshilfen mit den ambulanten Maßnahmen des Jugendgerichtsgesetzes
- Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit des Jugendamts sowie
- Neuordnung der rechtlichen Grundlagen und des Erhebungsprogramms in der Jugendhilfestatistik.

Darüber hinaus enthält der Entwurf zahlreiche weitere Verbesserungen, die den Vollzug des Gesetzes vereinfachen und erleichtern sollen.

Mehr Kindergartenplätze

Die öffentliche Diskussion der vergangenen Monate im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts konzentrierte sich allein auf die Frage, ob es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geben würde oder nicht. Die Fakten, die eine diesbezügliche Vorgabe durch den Bund als wünschenswert erscheinen lassen, sind überdeutlich: So gehen seriöse Schätzungen davon aus, daß in der Bundesrepublik Deutschland 500.000 Kindergartenplätze für Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren fehlen. Hierbei sind die von Aus- und Übersiedlern in diesem Jahr mitgebrachten etwa 50.000 Kinder im Alter bis zu sechs Jahren nicht mitgerechnet.

Hinzu kommen drei Faktoren, die die gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmen und ohne ideologische Vorbehalte anerkannt werden müssen.

Erstens: Es gibt immer mehr Familien, in denen beide Elternteile berufstätig

sind, darunter viele, in denen die Frauen nicht um der vermeintlichen Selbstverwirklichung willen arbeiten, sondern es die Lebensumstände erforderlich machen.

Zweitens: Immer mehr Einzelkindern, deren Zahl von 24 Prozent im Jahre 1970 auf 34 Prozent im Jahre 1988 zugenommen hat, fehlt der überaus wichtige Kontakt zu anderen Kindern, besonders die Erfahrungen in einer Gruppe von Gleichaltrigen.

Drittens: Eine zunehmend größer werdende Gruppe der alleinerziehenden Mütter und Väter muß, um nicht von der Sozialhilfe leben zu müssen, berufstätig sein, was eine Unterbringung und Betreuung der Kinder zwingend erforderlich macht.

Da mehrere Bundesländer aus finanziellen Erwägungen den ursprünglich vorgesehenen Rechtsanspruch nicht mittragen wollten — entgegen entsprechenden Voten des Deutschen Städtetages, der Kirchen und der maßgeblichen Wohlfahrtsverbände, in deren Trägerschaft sich über 80 Prozent der Kindergärten befinden —, handelt es sich bei der jetzt im Gesetzentwurf gefundenen Formulierung um einen Kompromiß: „Alle Kinder, für deren Wohl eine Förderung in Tageseinrichtungen oder in Tagespflege erforderlich ist, sollen eine entsprechende Hilfe erhalten. Die Länder regeln die Verwirklichung dieses Grundsatzes durch Landesrecht und tragen für einen bedarfsgerechten Ausbau Sorge.“

Die Verwirklichung dieses Grundsatzes fällt in den Aufgabenbereich der Länder. Allein die wochenlange Auseinandersetzung zwischen Fachverbänden und Bund einerseits und einigen Bundesländern andererseits um die gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruches hat bereits

für den zügigen Ausbau von Kindergartenplätzen in Ländern und Kommunen eine wichtige Initialzündung ausgelöst. Für die CDU sind der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten (vgl. Beschluß „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ des 36. Bundestages vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden, Ziff. 60—70) und der bereits beschlossene Ausbau von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wesentliche Bausteine einer zukunftsorientierten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Mit der Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts, die am 1. Januar 1991 in Kraft treten soll, setzt die CDU nicht nur ihre Beschlüsse des Wiesbadener Parteitags für eine kinderfreundliche Gesellschaft um; sie stärkt und entlastet die Familien und sichert damit der künftigen Generation ein wesentliches Stück Zukunft.

Die SPD zeichnet sich durch unredliches Lavieren aus

Offensichtlich kann die SPD es nicht vermeiden, daß bereits der Referententwurf des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in der gesamten Fachwelt ein positives Echo gefunden hat. Denn die bisherigen Einlassungen der SPD im Deutschen Bundestag können nur als ständige Täuschungsmanöver bezeichnet werden. Während beispielsweise die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt lautstark einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fordert, hat die Mehrheit des Finanzausschusses im Bundesrat — es handelt sich um die sechs SPD-regierten Länder — gleichzeitig das Jugendhilferecht mit Hinweis auf die erwarteten Mehrkosten durch insbesondere die neu zu schaffenden Kindergartenplätze abgelehnt.

Bundesforschungsminister will die Sanierung undichter Kanäle fördern

Die öffentlichen Abwasserkanäle, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Länge von ca. 285 000 km haben, sind ein wichtiges Instrument zum Schutz der Umwelt. Sie können ihre Schutzfunktion aber nur dann voll erfüllen, wenn das gesamte Kanalsystem dicht ist. Nach Untersuchungen von Städten und Gemeinden sind 15 Prozent bis zu 20 Prozent der öffentlichen Kanalisation schadhaft bzw. undicht. Die Folge: Ungereinigtes und mit Schadstoffen belastetes Abwasser gelangt in den Untergrund und gefährdet das Trinkwasser.

Angesichts dieser Situation wird der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) im Rahmen des Programms „Umweltforschung und Umwelttechnologie 1989—1994“ die Entwicklung und Demonstration leistungsfähiger Verfahren zur Schadenserfassung und Schadensbehebung in undichten Kanalisationen fördern. Hauptziel dieses neuen Förderschwerpunktes ist die Demonstration modernster Technik zur Lösung eines drängenden Umweltproblems im Abwasserbereich:

In einem Großversuch sollen undichte Kanalstrecken mit unterschiedlichen Randbedingungen an mehreren Stellen mit Hilfe großtechnisch noch nicht erprobter Technologien abgedichtet und saniert werden. Vorrangig sollen Projekte gefördert werden, die repräsentativ sind für undichte Kanäle im öffentlichen, d. h. kommunalen Bereich.

Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm des neuen Förderschwerpunktes erstreckt sich phasenweise über mehrere Jahre.

Phase I: Erprobung und Demonstration der Leistungsfähigkeit einsatzfähiger, moderner Sanierungstechniken.

Phase II: Weiterentwicklung leistungsfähiger, wirtschaftlicher und umweltfreundlicher Verfahren zur Verbesserung des Standes der Technik.

Phase III: Großtechnische Erprobung der in der zweiten Phase neu entwickelten Technologien.

Die Hauptziele des Förderschwerpunktes sind:

- Prototypische Demonstration von Verfahren zur umweltfreundlichen Sanierung undichter Abwasserkanäle; hierzu gehö-

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Albert Probst, hat in München einen neuen Förderungsschwerpunkt vorgestellt.

ren Beschichtungsverfahren, Einziehen neuer Rohre oder unterirdische Reparatur sowie Montageverfahren in offener und geschlossener Bauweise,

- Entwicklung von modernen, möglichst kanalunabhängigen und ferngesteuerten Verfahren zur Detektion und Quantifizierung von Schadstellen und Kontaminationen undichter Kanäle,
- Entwicklung von Methoden zur umweltverträglichen Vor-Ort-Beseitigung

von Schadstoffkontaminationen aus undichten Abwasserkanälen,

- Methoden zur Klassifizierung der Schäden und zur Bewertung der Sanierungsdringlichkeit,
- Umweltfreundliche Verfahren zur langfristigen Sicherung der Dichtigkeit vorhandener bzw. neu verlegter Kanäle.

Die Vorhaben sollen vorzugsweise als Verbundprojekte von Kommunen, privaten Unternehmen und Forschungsinstitutionen durchgeführt werden. Federführender Antragssteller für Vorhaben der Phase I sollte in der Regel ein Kanalnetzbetreiber sein. Anträge können gefördert werden, wenn

- sich ihre Themenstellung in das dargestellte Förderkonzept einordnen läßt,
- an der Förderung ein öffentliches Interesse besteht und
- die Vorhaben mit einem erheblichen technischen und finanziellen Risiko verbunden sind.

Die Eigenbeteiligung beträgt in der Regel 50 %

Die Vorhaben dürfen noch nicht begonnen worden sein; Vorarbeiten können jedoch schon geleistet sein und sind dann nachzuweisen.

Antragsteller müssen einen detaillierten Arbeitsplan einreichen und darlegen, daß es sich bei den vorgesehenen Techniken um neuartige Verfahren handelt und die ausgewählte Sanierungsstrecke repräsentativ für undichte Kanäle der öffentlichen Kanalisation ist. Bei größeren Projekten ist der Teil, der für eine Demonstration neuer Techniken in Frage kommt, im Antrag als Gegenstand der BMFT-Förderung gesondert herauszustellen. Antragsteller müssen die notwendige fachliche Qualifikation haben, über eine ausrei-

chende Kapazität zur Durchführung des Projektes verfügen und eine finanzielle Eigenbeteiligung aufbringen.

Die Eigenbeteiligung beträgt in der Regel bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Kommunen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben 50 Prozent, für Demonstrationsvorhaben 60 Prozent. Es können nur Vorhaben in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin gefördert werden.

Der Mittelbedarf liegt bei 50 bis 70 Millionen Mark

Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Finanzbedarf für den gesamten Förderschwerpunkt, für den eine Laufzeit von mindestens acht Jahren anzusetzen ist, noch nicht exakt angegeben werden. Je nach den eingehenden Vorschlägen dürfte das Fördervolumen etwa bei einem Promille des geschätzten Finanzbedarfs für die gesamte Sanierung der öffentlichen Kanalnetze liegen (50 bis 70 Mrd. DM; es gibt aber auch weit höhere Schätzungen). Größenordnungsmäßig dürfte der Mittelbedarf also bei 50 bis 70 Mio. DM liegen, die aus dem Umweltforschungsprogramm des BMFT bereitgestellt werden.

Anträge auf Förderung eines Vorhabens sind bei der Projektträgerschaft Wassertechnologie in Karlsruhe einzureichen. Dort sind auch Antragsunterlagen sowie weitere Informationen über die Rahmenbedingungen erhältlich:

**Projektträgerschaft
Wassertechnologie
Kernforschungszentrum Karlsruhe
Postfach 3640, 7500 Karlsruhe 1
Tel. (07247) 82-3235 oder 4850**

Betriebsratswahlen 1990:

Erstmalig erweiterte Minderheitenrechte für Wahlvorschläge

Im Hinblick auf die in den Betrieben anlaufenden Vorbereitungen der im Frühjahr 1990 stattfindenden Betriebsratswahlen äußert sich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther:

In den Betrieben stehen im Frühjahr 1990 Betriebsratswahlen an, bei denen erstmalig erweiterte Minderheitenrechte unter anderem für Wahlvorschläge zur Wirkung kommen. Wahlvorschläge können von jeder im Betrieb vertretenen Gewerkschaft oder von einem Zwanzigstel oder 50 der wahlberechtigten Betriebs- oder Gruppenangehörigen (Arbeiter, Angestellte) gemacht werden (früher ein Zehntel oder 100).

Wenn jetzt von den DGB-Gewerkschaften und besonders der IG Metall die Gefahr heraufbeschworen wird, politisch Radikale würden künftig vermehrt in die Betriebsräte einziehen, ist dies sachlich nicht begründet. Es ist allen bekannt, daß das Bundesverfassungsgericht das Unterschriftenquorum von zehn Prozent für verfassungswidrig erklärt hatte, weil u. a. zehn Prozent Unterschriften der Wahlberechtigten mehr sein konnten, als nachher Stimmen benötigt wurden, um in den Personalrat einzuziehen. Deshalb mußte der Gesetzgeber das Quorum auf fünf Prozent heruntersetzen.

Daraus den Vorwurf zu erheben, die jetzt Regierenden würden Tür und Tor für kleine radikale Gruppen öffnen, ist sachlich völlig unbegründet.

Entscheidend ist im übrigen nicht, wer Wahlvorschläge machen kann, sondern

welche Wahlvorschläge zum Zuge kommen. Gewählt wird bei mehreren Wahlvorschlägen nach dem Verhältniswahlssystem. Wahlvorschläge, die keine ausreichende Unterstützung bei den wahlberechtigten Arbeitnehmern finden, gehen unter. Dies gilt für Wahlvorschläge von Gewerkschaften ebenso wie für Wahlvorschläge von Betriebsangehörigen. Der DGB spricht nicht davon, daß es heute eine Anzahl radikaler Vertreter in den Betriebsräten gibt, die schon über Listen der DGB-Einzelgewerkschaften dort hineingewählt worden sind.

Wenn die DGB-Gewerkschaften — und besonders die IG Metall — politisch Radikale aus den Betriebsräten heraushalten wollen, können sie dies am wirkungsvollsten dadurch anstreben, daß sie sie nicht in ihre eigenen Wahlvorschläge aufnehmen.

Es wird sich künftig wie bisher nicht immer vermeiden lassen, daß gelegentlich auch politisch Radikale in Betriebsräte gewählt werden. Dies hat für die laufende Arbeit von Betriebsräten aber keine gravierenden negativen Wirkungen, weil deren Entscheidungen mit Mehrheit getroffen werden. Auch auf die Arbeit des Betriebsausschusses und anderer Ausschüsse des Betriebsrates und bei den Freistellungen in mittleren oder größeren Betrieben sind gravierende negative Auswirkungen nicht zu befürchten, weil trotz Gültigkeit der Kriterien der Verhältniswahl erhebliche Gruppenstärken notwendig sind, um in den Gremien des Betriebsrates oder bei Freistellungen zum Zuge kommen zu können.

Seminar-Termine 1990

Ausbildung von Personalräten

Auch im nächsten Jahr bietet das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) seine Seminare für Betriebs- und Personalräte an, um Arbeitnehmer zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für Kolleginnen und Kollegen zu ermuntern und vor allem auch zu befähigen. In dieser Ausgabe bringen wir die Termine der Personalräte-Seminare.

15. 1.—19. 1. Grundlagen der Gesprächsführung für Personalräte (Fortgeschrittene)
 19. 1.—21. 1. Personalratswahlen NRW
 29. 1.—31. 1. Gesellschaftssysteme und Arbeitnehmer in Europa
 31. 1.— 2. 2.
 Arbeitsrecht im Europäischen Binnenmarkt
 5. 2.— 9. 2. Arbeitsrecht für Personalräte
 19. 2.—23. 2. Wirtschaftsfragen
 19. 2.—23. 2. Beamtenrecht
 23. 2.—25. 2. Argumentationstechniken (besondere Gruppen)
 5. 3.— 9. 3. Beteiligungsrechte
 26. 3.—28. 3.
 EG-Binnenmarkt und Vollbeschäftigung
 26. 3.—30. 3. Wirtschaftsfragen
 28. 3.—30. 3. Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer im Europäischen Binnenmarkt
 2. 4.— 6. 4. Wie arbeite ich als Personalrat?
 30. 4.— 4. 5. Grundlagen der Gesprächsführung für Personalräte
 30. 4.— 4. 5.
 Rechtsprechung für Personalräte
 14. 5.—18. 5. Gewerbeaufsicht, Arbeitsstättenverordnung, Arbeitssicherheit
 14. 5.—16. 5. Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer und der Europäische Binnenmarkt
 16. 5.—18. 5. Verkehr und Umwelt in Europa
 18. 6.—22. 6. ... de jure — gleichberechtigt
 18. 6.—22. 6. Schwerbehindertenvertretung im öffentlichen Dienst
 26. 6.—29. 6. Suchtprophylaxe und Gesundheitsfürsorge als Aufgabe der PR
 20. 8.—24. 8. Rationalisierung
 27. 8.—31. 8. Wie arbeite ich als Personalrat?
 10. 9.—14. 9. Beteiligungsrechte
 24. 9.—28. 9. Jugend- und Ausbildungsvertreter im öffentlichen Dienst

1. 10.— 5. 10. Eingruppierungsrechte der Angestellten und Arbeiter
 5. 11.— 9. 11. Grundlagen der Gesprächsführung für Personalräte
 5. 11.— 9. 11. Personalvertretung und Berufsbildung im öffentlichen Dienst
 26. 11.—30. 11.
 Wie arbeite ich als Personalrat?
 3. 12.— 7. 12. Juristische Methodenlehre
 3. 12.— 7. 12. Wirtschaftsfragen

Nähere Einzelheiten zu diesen Seminaren, wie z. B. Anreisettermin, Fahrtkostenerstattung, Seminarbeiträge oder Tagungsunterkunft, erfahren Sie im

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Johannes-Albers-Allee 3
5330 Königswinter 1
Telefon (0 22 23) 7 31 17/7 31 18

Ja, schicken Sie mir eine Einladung zu **Seminar-Anmeldung**

Thema: _____ Termin: _____

Thema: _____ Termin: _____

Name: _____

Straße: _____

Ort: (_____) _____

Schicken Sie bitte diesen Coupon an das Arbeitnehmerzentrum Königswinter!

Bremer CDU eröffnete mit Neujahrsempfang Wahljahr 1990

Einen Vorgeschmack auf das beginnende Wahljahr 1990 gaben am Montag, 8. Januar 1990, im Bremer Park Hotel der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann (MdB) und der Generalsekretär der Bundespartei, Volker Rühle (MdB), beim Neujahrsempfang der Bremer CDU. Beide Politiker stellten die Deutschlandpolitik als Hauptkampfthema heraus und ließen keinen Zweifel daran, daß sie in der SPD ihren Hauptgegner sehen.

Zu Beginn des Empfangs hatte Bernd Neumann den Bremer Sozialdemokraten bescheinigt, sich im vergangenen Jahr „nicht mit Ruhm bekleckert“ zu haben. Als das stärkste Stück bezeichnete er die jüngste Kabinettsumbildung. An die Adresse des künftigen Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Henning Scherf, meinte er: „Mit diesem Mann, der permanent durch politische Entgleisungen Schlagzeilen gemacht hat, der sogar einmal dem US-Präsidenten den Tod wünschte, und nun für die Kinder an unseren Schulen zuständig sein wird, hat man den Bock zum Gärtner gemacht.“

Der zweite Neujahrsempfang der Bremer CDU hatte zwei Rekorde gebrochen. Zum einen waren deutlich mehr Gäste als im vergangenen Jahr der Einladung gefolgt, und zum anderen war es für den Veranstaltungsort, das traditionsreiche Park Hotel, der bislang größte Empfang überhaupt. Mehr als 1700 Gäste waren in das Haus am Bürgerpark gekommen.

Der Gastredner des Abends, Volker Rühle, traf die gute Stimmung im Saal, als er dem Bremer Publikum Weltoffenheit bescheinigte.

Rühle und Neuman stimmten darin über-

ein, daß das Jahr 1990 ein Schicksalsjahr für alle Deutschen und für viele andere Völker in Europa werde. Polen und Ungarn hätten der Deutschen Frage zu „neuen, entscheidenden Impulsen“ verholfen. Daher dürften die Nachbarn in Ost und West auch nicht von der Lösung dieser Frage ausgeschlossen werden.

„Wir müssen lernen, Deutschlandpolitik mit ruhiger Hand zu gestalten“, betonte der Generalsekretär. Deshalb müßten auch die Gespräche mit der Übergangsregierung in der DDR fortgesetzt werden. Rühle stieß beim Publikum auf volle Zustimmung mit der Feststellung, daß die derzeitige Entwicklung zwischen Ost und West eine „Chance für eine neue Vision der Zukunft“ darstelle. Sie ermögliche erstmals einen Wandel ohne Angst und weise der Bundesrepublik Deutschland bei dieser Entwicklung eine Schlüsselrolle zu. ■

„Jugend forscht“ auch für DDR-Jugend öffnen

Im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit auch im Bereich von Forschung und Technologie erklärt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer: Die CDU/CSU fordert den Bundesforschungsminister auf, das Programm „Jugend forscht“ auch für DDR-Jugendliche zu öffnen und erforderlichenfalls — so z. B. an Schulen in der DDR — mit Informationen zu diesem Wettbewerb Hilfestellung zu leisten. Hierbei wird sich zeigen, daß auch bei unseren Jugendlichen auf diesem Wege ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis geleistet werden kann.

Richtigstellung

In der CDU-Dokumentation „Die REP – Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei –“, die am 18. Mai 1989 auf einer Pressekonferenz in Bonn vorgestellt wurde, ist auf deren Seite 11 bzw. auf Seite 9 der CDU-Dokumentation 17/89 in „Union in Deutschland“ (UiD), Nr. 17/89 vom 26. Mai 1989, unter den Beispielfällen für frühere offene Bekenntnisse von REP-Mitgliedern zum Rechts-Extremismus bei Michael Hein auch aufgeführt, er habe auf der REP-Kandidatenliste für die Landtagswahlen in Bayern 1986 gestanden.

Diese Behauptung beruhte auf Ausführungen in der Zeitschrift „konkret“ vom 3. März 1989 in dem Artikel „Wir bilden den rechten Flügel des Bundesadlers“ von Bernd Siegler, Korrespondent der „TAZ“ in Nürnberg. Herr Michael Hein (Würzburg) hat jedoch durch Anwaltsschreiben vom 30. Dezember 1989 mitteilen lassen, er habe zu keinem Zeitpunkt der Partei „Die Republikaner“ (REP) angehört und auch nicht für diese kandidiert, insbesondere auch nicht zur Bayerischen Landtagswahl 1986.

Die CDU Deutschlands hält die von Herrn Hein beanstandete Äußerung nicht mehr aufrecht, nimmt sie also zurück und wird sie auch nicht mehr wiederholen. ■

Wußten Sie das?

Neue Techniken helfen Strom sparen. Elektrogeräte z. B. verbrauchen heute rund ein Drittel weniger Energie als noch vor zehn Jahren. Die größten Einspar-Effekte erreichten zwischen 1978 und 1988 die Gefriergeräte mit 39,5 Prozent, Geschirrspülmaschinen mit 36,4 Prozent und Warmwasserspeicher, bei denen der Stromverbrauch um 35,2 Prozent gesenkt werden konnte.

UiD-Dokumentationen

Die nachfolgenden UiD-Dokumentationen sind z. Zt. über das IS-Versandzentrum beziehbar.

Unsere Perspektiven für die 90er Jahre
Regierungserklärung v. 27. 4. 89 (UiD-Dokumentation 14/89)

Bestell-Nr.: **5160**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 13,50 DM

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Beschluß und Einführungsrede zur Umwelt- und Energiepolitik v. 37. BPT (UiD-Dokumentation 29/89)

Bestell-Nr.: **5191**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 25, — DM

Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern

Beschluß und Einführungsrede zur Ausländer- u. Asylpolitik v. 37. BPT (UiD-Dokumentation 29/89)

Bestell-Nr.: **5192**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 10, — DM

Rentenreform von A bis Z

(UiD-Dokumentation 37/89)

Bestell-Nr.: **5208**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 19,50 DM

Leitlinien zur Deutschlandpolitik

(UiD-Dokumentation 40/89)

Bestell-Nr.: **5223**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 8, — DM

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

(UiD-Dokumentation 1/90)

Bestell-Nr.: **5225**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 10, — DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

Wieder im Angebot



Der Lederfußball

Die handgenähten Bälle aus Barex-Spezialleder sind zugelassen nach der FIFA-Wettkampfnorm und haben die Qualifikation „hartplatzfest“.

Artikel-Nr.: 9614
 Mindestabnahme: 1 Ball
 Preis je Mindestabnahme:
 39, — DM

Info-Mappe in neuer Gestaltung

Bestell-Nr.: 0398
 Mindestabnahme: 100 Expl.
 Preis je 100 Expl.: 35, — DM

Broschüre: Gesundheitsreform von A bis Z

Bestell-Nr.: 5126
 Mindestabnahme: 50 Expl.
 Preis je 50 Expl.: 18, — DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
 Postfach 1328
 4804 Versmold

INFORMATIONEN

[Faded, illegible text in the background of the 'INFORMATIONEN' section]



Aktualisierte Auflage

Gesundheitsreform **von A bis Z**

Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar

Die Vorsorge wird verstärkt

Die Pflege wird anerkannt



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Angebot

Der Kleine Parteitag der CDU am 11. Dezember 1989 in Berlin war ausschließlich der Deutschlandpolitik gewidmet, die in diesen Tagen und Wochen die Welt bewegt. Die Bundesgeschäftsstelle hat aus aktuellem Anlaß eine Broschüre herausgegeben, in der die Rede des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs, die in Berlin beschlossenen Leitlinien der CDU zur Deutschlandpolitik sowie Redebeiträge der Gäste aus der DDR enthalten sind.

Außerdem finden Sie in der Broschüre das Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas und die Wiesbadener Parteitagbeschlüsse „Unsere Verantwortung in der Welt“.

Broschüre: Wir sind ein Volk

Bestell-Nr.: 5224

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM
zuzügl. MwSt inkl. Versand.

UiD

2/90

Freiheit und Einheit

Bundesausschuß in Berlin
am 11. Dezember 1989
mit Gästen aus der DDR



Deutschland
aktuell

CDU

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Vermold

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst des Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.